



Frauen Union

***Starke Frauen.
Starkes Deutschland.***

**Braunschweiger Erklärung
der Frauen Union der CDU Deutschlands,
26. August 2017, Braunschweig**

CDU



Starke Frauen. Starkes Deutschland.

Braunschweiger Erklärung der Frauen Union der CDU

Frauen prägen unser Land – in der Familie, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, im Ehrenamt und in der Politik. Frauen wollen weder einseitige Rollenzuschreibungen, noch staatliche Bevormundung. Sie entscheiden selbst, wie sie in Verantwortung für sich und andere leben.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist der Lackmустest einer freiheitlichen Demokratie: Das heißt, gleiche Rechte und gleiche Chancen für Mädchen und Frauen in allen Lebensbereichen und das unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter. Voraussetzung dafür ist, dass noch vorhandene strukturelle Hemmnisse abgebaut und die tatsächliche Gleichstellung gezielt gefördert werden.

Die CDU hat in ihrer Verantwortung die Rahmenbedingungen in Deutschland maßgeblich mitgestaltet. Als Regierungspartei hat sie sowohl vor 60 Jahren das erste Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet, als auch 1994 die Grundgesetzänderung durchgesetzt, die eine aktive Gleichberechtigungspolitik des Staates festschreibt. In zahlreichen Einzelgesetzen und Maßnahmen hat die CDU Anliegen von Frauen wirksam umgesetzt: Zuletzt mit der Verankerung der sexuellen Selbstbestimmung im Sexualstrafrecht, dem Verbot von Kinderehen, der Frauenquote in der Wirtschaft, dem Entgelttransparenzgesetz, dem ElterngeldPlus, mehr Kindergeld und höheren Kinderfreibeträgen, dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch für Unter-Dreijährige, der besseren Unterstützung für Alleinerziehende durch höheren Unterhaltsvorschuss und höheren steuerlichen Entlastungsbetrag, Alternativen zur Steuerklasse V, der Stärkung der Pflege, Modernisierung des Mutterschutzes und nicht zuletzt der Mütterrente.

Starke Politikerinnen gestalten unser Land: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Bundesministerinnen Dr. Ursula von der Leyen und Prof. Dr. Johanna Wanka, die Parlamentarischen Staatssekretärinnen, die Ministerinnen auf Landesebene, Landrätinnen, Oberbürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen sowie die Abgeordneten in den Parlamenten in Europa, dem Bund, den Ländern und Kommunen. Darüber hinaus engagieren sich unzählige Frauen ehrenamtlich in der CDU, der Frauen Union sowie in vielen Gremien und Organisationen für unser Land.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Der Wandel familiärer Strukturen, die Alterung der Gesellschaft, Weiterentwicklungen in der Medizin, Veränderungen der Arbeitswelt, Globalisierung, Digitalisierung sowie Migration, Zuwanderung und Integration betreffen Frauen unmittelbar.

Politik für Frauen und Familien ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Einzelbereiche betrifft. Für Familien sind insbesondere eine flexible und lebensphasenorientierte Zeitpolitik, eine finanzielle Entlastung und Förderung sowie eine gute Infrastruktur wichtig. Frauen wollen nicht nur gleiche Rechte, sondern Gleichstellung in allen Lebensbereichen.



Frauen wollen Zukunft gestalten und unser Land voranbringen. Gleichberechtigung macht Frauen stark, ihre Potenziale erfolgreich und wirksam einzusetzen. Starke Frauen machen Deutschland stark.

Wir, die Frauen Union der CDU, haben klare Forderungen an die nächste Bundesregierung:

Wir machen uns stark **für die gleichberechtigte Teilhabe in Politik und Gesellschaft**

- für den Abbau struktureller Hemmnisse bei der Durchsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Ämtern und Mandaten.
- für die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit beim digitalen Wandel, um dessen Chancen für die Ehrenamtsarbeit optimal zu nutzen.

Wir machen uns stark **für zukunftsfähige Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungschancen**

- für den Abbau von Rollenklischees in Erziehung, Bildung und Medien.
- für mehr Frauen in Naturwissenschaften und Technik (MINT). Das bedeutet, mehr Chancen auf zukunftssichere Arbeitsplätze, z.B. in den Bereichen Digitalisierung, Biotechnologie, fortschrittlichen Umwelttechnologien sowie im Gesundheitsbereich.
- für Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse für geflüchtete Mädchen und Frauen durch die Einführung einer Schulpflicht für nicht mehr Schulpflichtige. So wirken wir u.a. Analphabetismus, Abhängigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut entgegen.
- für eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive für Frauen in und nach der Familienphase und für ein Wiedereinstiegs-BAföG.

Wir machen uns stark **für gleiche Chancen im Beruf**

- für Lohngleichheit. Mit dem Entgelttransparenzgesetz haben wir dazu einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Wir wollen die Wirkung dieses Gesetzes überprüfen und gegebenenfalls mit den Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen.
- für mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft. Mit der Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir erste Erfolge erzielt. Weitere Anstrengungen sind notwendig.
- für die Gleichstellung in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst. Wir wollen sie bis spätestens 2025 abschließend erreicht haben.
- für eine breite Kampagne für die Steuerklasse IV mit Faktor als Alternative zu der für Frauen nachteiligen Steuerklasse V.



- für die bessere Anerkennung von Dienstleistungen mit und für Menschen. Wir wollen, ebenso wie wir es in der Altenpflege gemacht haben, das Schulgeld für die Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und den weiteren Heilberufen abschaffen.
- für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, für die Reduzierung sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen und einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeitarbeit.
- für flexible Lösungen für Arbeitszeit und -ort, um die Chancen der Digitalisierung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nutzen.
- für eine regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung für Alleinerziehende, die nach der Geburt ihrer Kinder auf eine Berufstätigkeit verzichtet haben.

Wir machen uns stark **für sichere Perspektiven für Familien**

- für die Beibehaltung des Ehegattensplittings.
- für die Kombination im Steuerrecht aus höherem steuerlichem Kinderfreibetrag und mehr Kindergeld. Wir wollen den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. In einem ersten Schritt wollen wir das Kindergeld um 25 Euro je Kind erhöhen. Das sind 300 Euro mehr pro Kind und Jahr. Gleichzeitig muss der Kinderfreibetrag entsprechend erhöht werden. Der zweite Schritt soll abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklicht werden, aber spätestens in der darauffolgenden Legislaturperiode.
- für ein Baukindergeld von 1.200 Euro je Kind und Jahr für einen Zeitraum von 10 Jahren und für Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer für Erwachsene und Kinder beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums.
- für ein lebensphasenorientiertes, flexibles Familien- und Lebensarbeitszeitkonto, auf dem gesetzliche Zeitguthaben für Erziehungs- und Familienpflegezeiten und die entsprechenden Leistungen zusammengeführt und im Verlauf der Lebensphasen flexibel in Anspruch genommen und zwischen den Eltern übertragen werden können.
- für eine Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten, damit junge Familien bestmöglich die Vielfalt der staatlichen Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können.
- für eine Überprüfung des geltenden Unterhaltsrechts für Geschiedene. Dabei wollen wir, sofern Kinder zu versorgen sind, die zeitliche Fürsorge des erziehenden Elternteils für jüngere Kinder stärker berücksichtigen. Alleinerziehende sollen nicht durch den rechtlich möglichen Wegfall des Unterhalts schon mit dem dritten Geburtstag des Kindes dann zur Vollzeiterwerbstätigkeit gezwungen sein.



Wir machen uns stark **für gute Strukturen für Familien**

- für einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter. Wir wollen dabei auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Kinderhorte, erhalten.
- für eine bessere Qualität von Bildung und Betreuung, vor allem durch ausreichendes und gut ausgebildetes Personal.
- für mehr Betreuungsplätze und ein bedarfsgerechtes Angebot an Langzeit- und Randzeiten-Kitas sowie für die Betreuung in den Schulferien.
- für die Förderung von Tagespflegepersonen.
- für die Ausweitung der Steuerbefreiung von Zuschüssen der Arbeitgeber für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule.
- für die volle steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen bis zu einem Höchstbetrag von 4.000 Euro sowie Gutscheine für einkommensschwache Haushalte.

Wir machen uns stark **für ein selbstbestimmtes Leben im Alter**

- für eine Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen. Bei der Bedürftigkeitsprüfung im Alter dürfen Kindererziehungszeiten nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.
- für die bessere Anerkennung von Pflegetätigkeit. Pflegende Angehörige müssen auch dann noch ihre Rentenanwartschaften steigern können, wenn sie nach dem Eintritt in die Rente pflegen.
- für eine gute medizinische und pflegerische Versorgung in Stadt und Land.
- für Selbstbestimmung und Würde bis zuletzt durch Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung.

Wir machen uns stark **für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft**

- für den Schutz des Lebens und seiner Würde von Anfang an und bis zuletzt.
- für die Unterstützung von Eltern und Kindern in besonders belastenden Lebensphasen, z.B. durch spezifische Angebote der Trauerbegleitung bei Tod- und Fehlgeburten.
- für eine breite gesellschaftliche Debatte über Chancen, Risiken und den rechtlichen Handlungsbedarf im Fortpflanzungs- und Abstammungsrecht.



Wir machen uns stark **für Frauen weltweit**

- für mehr Frauen in Entscheidungsfunktionen in internationalen Organisationen.
- für mehr Frauen in friedensstiftenden und friedenserhaltenden Missionen.
- für die Ächtung sexueller Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen und ihre Anerkennung als Kriegsverbrechen.
- für die Durchsetzung von Frauenrechten, Sozial- und Umweltstandards in Entwicklungspartnerschaften.
- für die weltweite Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel, Zwangsehen, Zwangsprostitution und Genitalverstümmelung.
- für die Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen insbesondere durch besseren Zugang zu Kapital, Märkten und technischer Hilfe sowie finanzielle Unterstützung von Unternehmerinnen.